

AfD-Mitgliedschaft: SPD prüft Konsequenzen für öffentlichen Dienst!

Die SPD in Brandenburg prüft die Vereinbarkeit von AfD-Mitgliedschaft und öffentlichem Dienst nach rechtsextremer Einstufung.



Brandenburg, Deutschland - Die SPD im Brandenburger Landtag hat Schritte unternommen, um die Vereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der AfD mit einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu prüfen. Der SPD-Fraktionschef Björn Lüttmann kündigte an, dass Berichte von sowohl Bundes- als auch Landesverfassungsschutz ausgewertet werden sollen. Der Fokus liegt dabei auf den Mitgliedern einer als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei und den damit verbundenen Pflichten des öffentlichen Dienstes.

Die Einstufung der Landes-AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ erfolgte im April, was von der Innenministerin Katrin Lange (SPD) bekannt gegeben wurde.

Lange selbst erfuhr jedoch erst am 5. Mai von der Neubewertung des Landesverfassungsschutzes, was zu einem großen Vertrauensbruch innerhalb der Landesregierung führte.

Vertrauensbruch und Konsequenzen

Infolge dieser Entwicklungen entließ Lange den Leiter des Verfassungsschutzes, Jörg Müller, da sie angab, das Vertrauen in seine Arbeit sei nicht mehr vorhanden. Laut Lüttmann sei die Entlassung des Verfassungsschutzpräsidenten eine direkte Reaktion auf die verspätete Information über die Einstufung der AfD gewesen. Es gab zudem Medienberichte, die Zweifel an Langes Darstellung aufwarfen und die Frage aufwerfen, ob sie tatsächlich von der Hochstufung bereits vorher gewusst habe.

Die SPD fordert nun eine rasche und kompetente Neubesetzung der Position des Verfassungsschutzpräsidenten. Dies sei notwendig, um das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes wiederherzustellen.

Weitere Informationen zu den Hintergründen und Kontext können auf **Bundestag.de** abgerufen werden.

Die Entwicklungen um die AfD und den Verfassungsschutz im Land Brandenburg stehen somit im Mittelpunkt der politischen Debatte. Die SPD zeigt sich entschlossen, den Vorfällen nachzugehen und die Integrität öffentlicher Ämter zu schützen. Die nächsten Schritte und die damit verbundenen Prüfungen werden mit Spannung erwartet, während die politische Landschaft weiterhin durch diese Kontroversen geprägt ist. Näheres dazu berichtet auch **FAZ.net**.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Brandenburg, Deutschland
Quellen	• www.faz.net • www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de